71. Jahrgang. № 352 Freitag, 29. Juli 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Für Spareinlagen — auch kleine Beträge — gute Verzinsung

Dresdner Handelsbank A.-G.

Gegründet 1873 als Central-Viehmarktsbank A. G.

Bei allen Bankgeschäften individuelle uneigennützige Beratung

Ostra-Allee 9/11 — Städt. Vieh- und Schlachthof — Eliasplatz 3 — Kaiserstraße 11 — Prager Straße 26 — Jahnstraße 8 — Großmarkthalle

Die Reichsbanner-Konferenz des Zentrums.

Ueberparteilichkeit und außenpolitische Neutralität gefordert.

Unveränderte Vorschläge Englands in Genf. — Die rumänische Opposition für Prinz Carol. — Flucht der Banderolenschieber

Kein Austritt der Zentrumsmitglieder.

Das Kommuniqué.

Berlin, 28. Juli. Die Zentrumsmitglieder im Reichsbanner, die heute nachmittag zu einer Aussprache über die durch den Aufruf Hörsings an den republikanischen Schutzbund in Oesterreich und den daraufhin erfolgten Austritt des Reichskanzlers Marx aus dem Reichsbanner geschaffene Lage zusammengekommen waren, sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß Reichskanzler Marx sich zum Ausscheiden aus dem Reichsbanner veranlaßt gesehen habe. Einmütig wurde der Meinung Ausdruck verliehen, **daß sich aus dieser bedauerlichen Tatsache für die anderen Mitglieder des Zentrums im Reichsbanner nicht die Folgerung ergebe, gleichfalls das Reichsbanner zu verlassen. Ebenso einmütig wurde allerdings auch die Erwartung ausgesprochen, daß künftig politische Entgleisungen von der Art des Schutzbundaufrufs** unterbleiben und weiterhin Sicherungen für **strikteste Ueberparteilichkeit und außenpolitische Neutralität des Reichsbanners geschaffen werden.** Die Konferenz bedauert, daß die endgültige Stellungnahme des Bundesvorstandes zu der von Zentrumsmitgliedern des Reichsbanners am Sonntag in Magdeburg abgegebenen Erklärung noch nicht vorliege und behielt sich ihr abschließendes Urteil über die Vorgänge in der letzten Zeit noch vor.

Die Verhandlungen mit dem Reichsbanner-Bundesvorstand sollen weitergeführt werden. Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes des Reichsbanners am 9. August wird sich also mit den Forderungen des Zentrums zu beschäftigen haben.

Richtlinien des Zentrums.

Die „Germania" widmet dem Verhältnis des Zentrums zum Reichsbanner einen programmatischen Artikel, in dem sie zunächst darauf hinweist, daß die Austrittserklärung des Reichskanzlers Dr. Marx kein Signal für die übrigen Parteimitglieder sein sollte, kein Schritt des Parteiführers oder des Menschen Marx, sondern **ein Schritt des Kanzlers, der sich verantwortlich fühlt für die Gesamtpolitik des Kabinetts, der einer Organisation nicht glaubte angehören zu können, deren Führer eine Kundgebung erläßt, die der außenpolitischen Haltung des Kabinetts entgegenläuft.** Das ist, schreibt die „Germania", der Standpunkt des Reichskanzlers, der in der Zentrumspartei ebensosehr gebilligt wird wie der andere, den, wir können wohl sagen, alle anderen Zentrumsmitglieder im Reichsbanner einnehmen, der nämlich, daß

der Kanzler für seine Person aus den obengenannten Gründen wohl austreten mußte, daß aber für die anderen Mitglieder kein Zwang bestehe, dem Reichsbanner den Rücken zu kehren, unter der unbedingten Voraussetzung natürlich, daß es gelingt, die bereits mehrfach genannten Kautelen für die Zukunft zu schaffen.

Herr Hörsing und namentlich seine Partei, so fährt das Blatt fort, werden aber gut tun, mit etwas mehr Ernst und Objektivität, als man sie in den bisherigen Kommentaren, z. B. des „Vorwärts", feststellen konnte, die schwere Belastung wahrzunehmen, die es für das Zentrum bedeutet, wenn die Tätigkeit des Reichsbanners und insbesondere seiner Führung nicht stets deutlich von dem Bewußtsein getragen wird, daß das Reichsbanner keine sozialdemokratische, sondern eine überparteiliche Einrichtung ist. **Herr Hörsing scheint uns denn doch nicht das richtige Gefühl zu haben, wenn er in seiner jüngsten Magdeburger Rede meinte, der überparteiliche Charakter des Reichsbanners sei nie verleugnet worden.** Man muß der Sozialdemokratie, die bisher im Reichsbanner überwiegenden Einfluß ausübte, dringend raten, Auffassungen, die sie über die Aufgaben und Agitationsmethoden des Reichsbanners manchmal an den Tag gelegt hat, einer gründlichen Revision zu unterziehen. Es geht nicht an, daß das Reichsbanner in einer Weise geführt wird, als wenn die politischen Anschauungen der Sozialdemokratie für dasselbe maßgebend wären. **Es muß aufhören, daß die Wortführer des Reichsbanners eine Regierung, in der auch das Zentrum vertreten ist, nicht etwa maßvoll kritisieren, sondern als einen Ausbund politischer Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit betrachten, wie das Herr Hörsing jüngst sogar noch in Magdeburg, nachdem der Protest der Zentrumsmitglieder bereits vorlag, fertiggebracht hat.** Auch einer Resolution, wie sie in Magdeburg gefaßt wurde und die rein auf die sozialistische Mentalität eingestellt war, möchten wir im Interesse des Reichsbanners nicht noch einmal erleben. Wir erwarten dabei, daß die Zentrumsmitglieder des Reichsbanners, insbesondere diejenigen an führender Stelle von dem Einfluß, den sie haben, einen nachdrücklichen Gebrauch machen.

Industrie und Landwirtschaft.

Von Syndikus Karl Tögel.

Es ist eine alte Lehre, die dazu mahnt, daß alle Glieder eines Volkes, also auch alle Glieder einer Volkswirtschaft, zusammengehören, weil sie aufeinander angewiesen sind. Im neuen Deutschland hat man von dieser Wahrheit nicht allewege die Nutzanwendung gezogen. Und wenn man gerade heute wieder sieht, wie die Linke gegen den notwendigen Zollschutz landwirtschaftlicher Erzeugung anrennt, so erkennt man, wie wenig die letzten Jahre dazu beigetragen haben, die Erkenntnis unter denen zu fördern, die nun einmal glauben, daß ihnen der Ausländer eher und besser nützen könne als der eigene Bruder im Lande.

Auch der Industrie ist vielfach aus landwirtschaftlichen Kreisen der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht das nötige Verständnis für die Lebensfragen der Landwirtschaft aufbringe und vor allem die nötige Hilfsstellung vermissen lasse. Man muß jedoch feststellen, daß der Wille zur Zusammenarbeit gewachsen ist. Wer mehr in das Innere hineinsieht, muß sogar erkennen, daß sich die Führer der Industrie ernstlich bemühen, die Probleme der Landwirtschaft nicht nur zu studieren, sondern an ihrer Lösung mit allem Ernste mitzuarbeiten. Und wenn man näher hineinsieht, so erkennt man, daß die „industrialisierte Landwirtschaft" vieles gemeinsam hat mit der Fabrikindustrie. Die Erkenntnis dieser Tatsache ist nicht von allein gekommen. Noch in den Zeiten der Dawes-Verhandlungen glaubten manche Industrielle, der Export werde unser Volk erlösen. „Wir müssen gute Waren und gute Menschen exportieren," wurde damals verkündet. Nun, davon ist es recht still geworden, seitdem man sah, daß der Transfer von Reparationsgeldern durch Export seitens der feindlichen Gläubigerländer nicht nur nicht gewünscht, sondern mit allen Mitteln verhindert wurde.

Diese Verhandlungen, wie auch die steigende Verschuldung der deutschen Industrie an das Ausland haben mehr und mehr denen recht gegeben, die von Anfang an darauf hinwiesen, daß ein gesunder Export nur dann möglich sei, wenn er sich auf einen gesunden deutschen Inlandsmarkt aufbaue. Und nicht nur die Landwirtschaft, auch weite Gebiete deutscher industrieller Arbeit werden durch die billige ausländische Konkurrenz schwer bedroht. Das gilt auch heute noch. Auf dem deutschen Inlandsmarkte aber liegen noch weite Gebiete brach. Er ist noch in ungeheurem Maße ausbaufähig, wenn es nur gelingt, dem Kunden auf dem deutschen Markte die Kaufkraft zu erhalten. Wie stark schon heute der deutsche Inlandsmarkt als Grundlage industrieller Erzeugung in Frage kommt, mögen einige Beispiele klarlegen. Wenn man die Gesamterzeugung nachstehender Industrien gleich 100 setzt, so waren eigendeutscher Inlandsverbrauch: bei der Steinkohlenförderung 1913—1925 87—95 Proz.; der Eisen- und Stahlerzeugung 77—99 Proz.; der elektrotechnischen Industrie bis zu 88 Proz.; der chemischen Industrie bis zu 77 Proz. Aus diesen Beispielen ersieht man die große Bedeutung des deutschen Binnenmarktes, der ja auch in der Vorkriegszeit 75 Proz. der deutschen industriellen Erzeugung aufnahm. Die Landwirtschaft ist auf diesem Markte einer der besten und notwendigsten Kunden. Die Industrie ist auf sie angewiesen. Das ergibt sich ganz klar aus nachfolgenden Ziffern: Das tote Inventar betrug in der Landwirtschaft auf 1 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche im Jahre 1800: 20 Mk.; 1870: 50 Mk. und 1914: 250 Mk., auf bestbewirtschafteten Betrieben dagegen bis zu 400 Mk., und wurde zum größten Teile in der Landwirtschaft selbst hergestellt, nur zum Teil vom Handwerk. Wenn man heute davon ausgeht, daß die Landwirtschaft der größte „Industriestand" unserer Volkswirtschaft ist, so ergeben sich daraus allein an totem Inventar ungeheure Werte von vielen Milliarden. Man muß nun weiter rechnen, daß zur Erhaltung dieses Inventars jährlich aufgewendet werden müssen etwa 10 Proz. seines Wertes, und daß zur Erneuerung und Ergänzung ebenfalls 10 Proz. einzusetzen sind. So kommt man auf sehr große Zahlen, die der industriellen Produktion fast ausschließlich zugute kommen. Es sind Milliarden, die die Landwirtschaft schon auf diesem Wege durch die industrielle Erzeugung hindurchgehen lassen muß. Vergleicht man damit, daß die Ausfuhr landwirtschaftlicher Maschinen 1913: 11 Millionen und 1925: 85 Millionen betragen hat, so erkennt man auch hierbei die ungeheure Ueberlegenheit des deutschen Inlandsmarktes.

Durchsichtiges Spiel mit den Investigationen.

Drei Investigations-Drohungen in 14 Tagen.

Berlin, 28. Juli. Der Korrespondent des „Daily Telegraph" hat bekanntlich berichtet, in Deutschland sei man sehr beunruhigt über eine mögliche Untersuchung der deutschen Ostseebefestigungen. Er teilt dann Einzelheiten über angebliche Versäumnisse in der Geschützmontierung mit und schließt, in Deutschland erblicke man in der Angelegenheit wiederum einen Versuch, die Räumung des Rheinlandes zu verzögern. Diese letzte Bemerkung des „Daily Telegraph", der **innerhalb vierzehn Tagen nicht weniger als dreimal mit einer Investigation gedroht hat,** dürfte allerdings zutreffen. Was die Sache selbst angeht, so weist man an zuständiger Stelle darauf hin, daß in einer Art Terminkalender zwischen der Botschafterkonferenz und der Reichsregierung genaue Verabredungen getroffen sind, nach denen ein Teil der Geschütze bereits fest eingebaut sei, ein anderer Teil noch nicht, weil hierfür erst die notwendigen Bestellungen bei Waffenfabriken gemacht werden müßten. Sämtliche vereinbarten Termine sind bisher innegehalten worden und werden auch künftig innegehalten werden. (TU.)

Botschafterkonferenz und Polizeistatut.

Berlin, 28. Juli. Zu der Mitteilung, wonach man in Paris im Anschluß an die Sitzung der Botschafterkonferenz wegen der Ostfestungen die Tatsache übel vermerkt habe, daß der Reichstag in die Ferien gegangen sei, ohne das Statut der Polizei zu verabschieden, muß daran erinnert werden, daß dieses Statut Sache der Länder ist. Preußen und Baden haben das Statut bereits angenommen. (TU.)

Der Konflikt mit der Bahnschutz-Truppe.

Ein Kompromißvorschlag des Saarpräsidenten.

Saarbrücken, 28. Juli. Der Konflikt mit der Bahnschutztruppe scheint seinem Ende zuzugehen. Die Stadtverwaltung hat einen Vorschlag des Präsidenten der Regierungskommission insoweit angenommen, als **allen Offizieren in Zivil die Benutzung des Bades freigestellt werden soll, während die beschränkte Erlaubnis für uniformierte Militärpersonen aufrechterhalten wird.** Wie nicht anders zu erwarten war, haben sich jetzt auch die belgischen und französischen Offiziere dem Vorgehen der Engländer angeschlossen.

Die saarländische Presse fordert, daß die Regierungskommission die Befugnisse der Bahnschutztruppe einschränke und loyal auslege, da die dem Bahnschutz unberechtigt zugestandene Exterritorialität unabsehbare Folgen nach sich ziehen könnte. (T.U.)

Tschechische Zollunion mit Oesterreich?

Französische Initiative gegen den Anschluß Oesterreichs.

Berlin, 28. Juli. Der „Vorwärts" will erfahren haben, daß die Prager Regierung mit Zustimmung Frankreichs im Herbst der Wiener Regierung den Abschluß einer Zollunion vorschlagen will.

Eine italienische Stimme für den Anschluß

Rom, 28. Juli. Zur letzten Poincaré-Rede meint der „Corriere della Sera", sie sei trotz äußerlicher Versöhnlichkeit bezeichnend für die **Revanchefurcht maßgebender französischer Kreise.** Der Druck, den Deutschland in der Räumungsfrage in Paris ausübe, vergrößere noch die französische Beunruhigung. Dazu käme noch erschwerend hinzu, daß die französischen Truppen im Rheinlande kein Ansehen mehr genössen. Das hätten selbst französische Blätter eingesehen. Aus französischen Prestigegründen befürworten auch sie eine baldige Rheinlandräumung. Wie die mitteleuropäischen Verhältnisse liegen, hätten die Wiener Ereignisse deutlich gezeigt. Frankreich wisse genau, daß es in kurzer Zeit schon aus egoistischen Gründen heraus zur Rheinlandräumung gezwungen werde. **Diese Räumung wolle Poincaré mit einer bindenden deutschen Erklärung gegen den Anschluß erkaufen.** Der „Corriere della Sera" hält diese für unmöglich. **Die Großmächte sollten endlich eine positive Lösung des Anschlußproblems suchen.**